

Zeitstrahl zur DDR-Geschichte



Der folgende verkürzte Abriss der Geschichte des zweiten deutschen Staates leitet Sie durch die größte Ausstellung zur Alltagskultur der DDR in Radebeul

- 1. 1949 bis 1955** Beginn des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“
Schaffung der Grundlagen eines Arbeiter und Bauerstaates
-
07. Oktober Gründung der DDR, Konstituierung des deutschen Volksrates als provisorische Volkskammer
10. Oktober Formale Auflösung der SMAD (Sowjetische Militäradministration Deutschland) und Bildung der Sowjetischen Kontrollkommission, Übertragung der Verwaltungsfunktionen an die provisorische Regierung der DDR
11. Oktober Wahl Wilhelm Piecks zum Präsidenten der DDR
12. Oktober Bestätigung der Regierung von Otto Grotewohl durch die Volkskammer
- Okt.-Dez. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR, den sog. Volksdemokratien Osteuropas, zu China und Nordkorea
- 1950
08. Februar Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS, umgangssprachlich Stasi)
06. Juli Unterzeichnung des Abkommens über die Oder-Neiße-Grenze (Görlitzer Abkommen) mit der Volksrepublik Polen
- 1951
30. Januar Appell der Volkskammer an den Bundestag: Vorschlag zur Einberufung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates „Deutsche an einen Tisch“
01. November Gesetz über den 1. Fünfjahrplan
- 1952
10. März Propagandanote der UdSSR an die Westmächte: Angebot von Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag und eine Nationalarmee „Stalin-Note“
- 26./27. Mai Ministerrat beschließt eine 5 km Sperrzone an der Demarkationslinie zwischen der DDR und der BRD
09. Juli 2. Parteikonferenz der SED, Beschlüsse: Aufbau des Sozialismus - Neugliederung der DDR - Einleitung der Kollektivierung der Landwirtschaft
30. Juli Schauprozesse in Halle und Bautzen gegen Regimekritiker
07. August Gründung der paramilitärischen Organisation „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST)

1953

15. Januar Verhaftung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der DDR und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Georg Dertinger unter dem Vorwurf der „Spionage und Verschwörung“.
Im Juni 1954 wurde er zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt.
10. April Memorandum der evangelischen Bischöfe an die Sowjetische Kontrollkommission über die Behinderung der kirchlichen Arbeit
15. April Empfehlung des Politbüros der KPdSU an die SED zur Mäßigung des politischen Kurses
20. April Erhöhung der Preise für rationierte Lebensmittel
16. Juni Streik der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee - Proteste gegen Normerhöhung
17. Juni Volksaufstand nach offizieller Lesart „Faschistischer Putschversuch“, Ausnahmezustand in Berlin bis 11. Juli, Niederschlagung durch die sowjetischen Streitkräfte - Beachtenswert die Stellung Walther Ulbrichts
- Juni Beginn des Aufbaus von „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“
29. Juni Erklärung des Justizministers Max Fechner (SED) zum Streikrecht für Arbeiter
16. Juli Verhaftung Fechners, Nachfolgerin Hilde Benjamin
- 24.-26. Juli 15. Tagung des ZK der SED: Festhalten an der Generallinie der Partei, Walther Ulbricht wird 1. Sekretär des ZK der SED
01. November zahlreiche Verhaftungen wegen angeblicher Agententätigkeit

1954

22. Januar Ausschluss von Genossen aus der Partei (Wilhelm Zaisser, Rudolf Herrstadt) und dem ZK (Anton Ackermann, Hans Jendretzky und Elli Schmidt)
25. März Erklärung der Regierung der UdSSR über die Anerkennung der Souveränität der DDR (real war die DDR nicht souverän)
13. November Aufruf des neuen Zentralen Ausschusses für Jugendweihe an alle Eltern und Erzieher zur Einführung der Jugendweihe (Von der Teilnahme an der Jugendweihe hingen später maßgeblich die Bildungschancen der Jugendlichen ab, z.B. Besuch einer höheren Schule)

1955

01. Mai 1. öffentliches Auftreten bewaffneter Verbände der Kampfgruppen bei der Mai-Demo
11. Mai Abschluss des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand - Warschauer Pakt zwischen den „sozialistischen Bruderstaaten“

2. 1955 bis 1961 Ausbau des sozialistischen Gesellschaftssystems

24. Juli Nikita Sergejewitsch Chruschtschow in Berlin: Deutsche Wiedervereinigung ist eine innerdeutsche Angelegenheit, die sozialistischen Errungenschaften dürfen aber nicht preisgegeben werden, Verkündung der „Zwei-Staaten-Theorie“

18. August Verordnung des Ministerrats über die Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH's)
27. August Beschluss der NOKs beider deutscher Staaten zu einer gemeinsamen Mannschaft zu den Olympischen Spielen in Melbourne
26. September Gesetz zur Ergänzung der Verfassung über den Dienst zum Schutz des Vaterlandes

1956

09. Januar IV. Schriftstellerkongress in Berlin Ost, Forderung nach Durchsetzung des Sozialistischen Realismus in der DDR
18. Januar Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee „NVA“ und des Ministeriums für Nationale Verteidigung
04. März Erklärung des ehemals konsequenten Stalinisten Walther Ulbricht: Stalin ist kein Klassiker des Marxismus!
29. November Verhaftung des Journalisten und Philosophen Wolfgang Harich wegen kritischer Äußerungen zur Kulturpolitik

1958

29. Mai Abschaffung der Lebensmittelkarten
04. November Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED zu Fragen des Handels und der Versorgung im Blick auf die „ökonomische Hauptaufgabe“: Überholen der Bundesrepublik Deutschland bis 1961
10. November Berlin-Ultimatum Chruschtschows an die Westmächte
08. Dezember Auflösung der Länderkammer

1959

15. Januar Beschluss des ZK der SED über die Umgestaltung des Schulwesens und die Einführung der polytechnischen Zehnjahresschule
24. April 1. Bitterfelder Konferenz über Kulturpolitische Probleme „Greif zur Feder Kumpel - die sozialistische Nationalkultur braucht Dich!“
03. Juni Beginn der endgültigen Vergesellschaftung der Landwirtschaft per Gesetz - Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften „LPG“
01. Oktober Verabschiedung des Gesetzes über den 7-Jahresplan
Gesetz über die neue Staatsflagge mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz auf Schwarz-Rot-Gold

1960

14. April Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft: „Endgültiger Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande“
12. September Konstituierung des Staatsrates der DDR unter Leitung von Walther Ulbricht nach dem Tode von Wilhelm Pieck

1961

15. Juni Erklärung Walther Ulbrichts über innerdeutsche Absperrmaßnahme „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“
13. August Abriegelung von Ost-Berlin - Bau der Mauer
16. August Sperrung der Grenze zur Bundesrepublik für alle Bewohner der DDR und Ost-Berlins

3. 1961 bis 1971 Vom „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ zum umfassenden „Aufbau des Sozialismus“

13. November Maßnahmen zur Entstalinisierung der DDR - zahlreiche Umbenennungen
Stalinstadt - Eisenhüttenstadt, Stalinallee - Karl-Marx-Allee

30. Dezember Interview Walther Ulbrichts in der „Prawda“ (Zentralorgan der KpdSU) zur
Massenflucht aus der DDR: Schaden von 30 Milliarden Mark

1962

24. Januar Verabschiedung des Gesetzes zur allgemeinen Wehrpflicht

1963

24. Juni Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministeriums über das
„Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“

17. Dezember Erstes Übereinkommen über Ausgabe von Passierscheinen zwischen der
DDR und dem Senat von West-Berlin

1964

02. Januar Beginn der Ausgabe neuer Personalausweise mit dem Vermerk „Bürger
der Deutschen Demokratischen Republik“

01. August Ausgabe neuer Banknoten mit dem Vermerk „Mark der Deutschen Noten-
bank“ (MDN)

07. September Einführung des Wehrdienstes ohne Waffe: Bausoldat

09. September Beschluss des Ministerrates über jährliche Besuchserlaubnisse für Rentner
in die Bundesrepublik oder West-Berlin

24. September Ernennung von Willi Stoph zum Vorsitzenden des Ministerrates und zum
Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden nach dem Tode von Otto Grote-
wohl

25. November Festlegung des Zwangsumtausches von DM in MDN der DDR für Reisen-
de aus der Bundesrepublik, West-Berlin u. a. westlichen Staaten in die
DDR

1965

08. Oktober Selbstmord des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Erich Hans
Apel wegen erheblicher Differenzen mit der Wirtschaftspolitik der DDR

1966

28. Februar Antrag des Staatsratsvorsitzenden Walther Ulbricht auf Aufnahme der
DDR in die UNO

13. August Truppenparade anlässlich des 5. Jahrestages zur Errichtung der Mauer

06. Oktober Übereinkunft über die Errichtung einer Passierscheinstelle für dringende
Familien-Angelegenheiten (Härtestelle), (Die Genehmigung war willkürlich)

1967

20. Februar Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR

28. August Einführung der 5-Tage-Woche mit 43,5 Stunden Arbeitszeit

14. September Beschluss „über die Lenkung des Wohnraumes“ durch den Ministerrat

1968

31. Januar Beschluss der Volkskammer über ein neues Strafgesetzbuch und eine neue Prozessordnung
10. Juni Einführung der Pass- und Visumpflicht im Reise- und Transitverkehr zwischen der BRD und West-Berlin, Gesetz über Befugnisse der Volkspolizei
- 20./21. August Beteiligung der NVA an der Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Paktes.
Aufruf an alle Bürger der DDR über „Maßnahmen zur Sicherung der sozialistischen Entwicklung in der ČSSR“
12. Oktober Aufnahme des NOK der DDR als gleichberechtigtes Mitglied des IOC

1969

10. Juni Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR
29. September Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages durch die DDR

1970

19. März Treffen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph und Bundeskanzler Willy Brandt in Erfurt
26. März Beginn der Viermächteverhandlungen über Berlin im ehemaligen Sitz des Alliierten Kontrollrates in West-Berlin
21. März Gegenbesuch von Willi Stoph bei Willy Brandt in Kassel
16. September Verabschiedung der „Grundsätze für Aus- und Weiterbildung der Werktätigen“ und des „Gesetzes über die Zivilverteidigung in der DDR“
27. November Beginn des Meinungsaustausches zwischen dem Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Michael Kohl, und dem Staatsratssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr.

4. 1971 bis 1987 Die DDR im Zeichen der „Entwickelten sozialistischen Gesellschaft“

1971

03. Mai 16. Tagung des ZK der SED, Absetzung Walther Ulbrichts aus „Altersgründen“ und Wahl von Erich Honecker zum 1. Sekretär
03. September Unterzeichnung des 4-Mächteabkommens über Berlin
21. Oktober Beschluss des Ministerrates zur Förderung des privaten Wohnungsbaus
17. Dezember Unterzeichnung des Transitabkommens zwischen der BRD und der DDR

1972

06. Januar Erich Honecker bezeichnet die BRD als „imperialistisches Ausland“
09. März Gesetz der Volkskammer über Schwangerschaftsunterbrechungen. Das war die einzige Abstimmung in der Volkskammer (mit Ausnahme der letzten Monate 1989), bei der Gegenstimmen zugelassen waren und auch kamen.
06. Oktober Beschluss über „umfassende Amnestie für politische und kriminelle Straftäter, Entlassung zahlreicher Straftäter in die BRD
21. Dezember Unterzeichnung des Grundlagenvertrages BRD - DDR

1973

18. September Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, Anerkennung der Menschenrechtsakte der Vereinten Nationen
05. November Verdoppelung der Mindestumtauschsätze für Besucher aus nichtsozialistischen Staaten

1974

02. Mai Eröffnung der „Ständigen Vertretungen“ in Bonn und Berlin
14. September Ersetzen der Bezeichnung „Mark der Deutschen Notenbank“ in „Mark der DDR“
27. September Der Begriff „Deutsche Nation“ wird aus der Verfassung gestrichen
17. November Hirtenbrief der katholischen Bischöfe der DDR gegen das staatliche Erziehungsmonopol

1975

30. Juli-01. Aug. KSZE-Gipfeltreffen in Helsinki, Unterzeichnung der Schlussakte durch beide deutsche Staaten, Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker

1976

23. April Eröffnung des Palastes der Republik in Ost-Berlin
16. November Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann während einer Tournee durch die Bundesrepublik

1977

23. August Verhaftung des Regimekritikers Rudolf Bahro nach Veröffentlichung von Auszügen aus seinem Buch „Die Alternative“ in der BRD mit der Begründung nachrichtendienstlicher Tätigkeit
07. Oktober Schwere Zusammenstöße zwischen Jugendlichen und der Polizei auf dem Alexanderplatz in Berlin am Rande eines Konzertes zum Nationalfeiertag der DDR

1978

26. Aug.-03. Sep. Weltraumflug des 1. Deutschen Kosmonauten, Sigmund Jähn
01. September Beginn der Wehrerziehung in den Klassen 9 und 10

1979

28. Juni Verschärfung des politischen Strafrechtes

1981

- 11.-13. Dez. Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einem Arbeitsgespräch mit Erich Honecker am Werbellinsee
15. Dezember Die Nachrichtenagentur ADN „begrüßt“ die Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen

1982

11. April Betonung der Eigenständigkeit der christlichen Friedensbewegung und Zurückweisung der staatlichen Kritik an der Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ durch den Magdeburger Bischof Werner Krusche

1983

29. Juni Die Bundesrepublik übernimmt eine Bürgschaft für einen Kredit an die DDR über 1 Milliarde DM.
- 24.-27. Juli Der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß kommt zu einem privaten Besuch in die DDR und trifft Erich Honecker am Werbellinsee.
05. Oktober Erich Honecker kündigt den Abbau der Selbstschussanlagen entlang der innerdeutschen Grenze an.

1985

01. November Alle Bodenminen entlang der innerdeutschen Grenze wurden beseitigt.

1986

06. Mai Unterzeichnung eines Abkommens zur kulturellen Zusammenarbeit zwischen den deutschen Staaten
19. September Unterzeichnung der 1. deutsch-deutschen Städtepartnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt

1987

28. Januar Veröffentlichung einer Rede von Michail Sergejewitsch Gorbatschow „Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei“ im „Neuen Deutschland“, ohne die Abschnitte mit der scharfen Kritik an seinen Amtsvorgängern.
08. Juni Zusammenstöße zwischen Jugendlichen und der Polizei in Brandenburg

5. 1987 bis 1990 Die letzten Jahre des ostdeutschen Staates im Zeichen der finalen Krise

07. –11. Sep. Offizieller Arbeitsbesuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik
25. November Festnahme von Mitgliedern von Friedens- und Umweltgruppen der Zionsgemeinde Ost-Berlin
17. Dezember Städtepartnerschaft Dresden – Hamburg

1988

17. Januar Verhaftung von ca. 120 Demonstranten am Rande der SED-Parade zum 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Anlass war ein Spruchband mit der Parole von Rosa Luxemburg „Freiheit ist auch immer die Freiheit von Andersdenkenden“.
14. März Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche und Schweigemarsch von 300 Menschen zur Thomaskirche
19. Juni Zusammenstöße zwischen der Polizei und Jugendlichen, die in Berlin über die Mauer hinweg einem Konzert von Michael Jackson am Reichstag zuhören wollten.

1989

19. Januar Rede Erich Honeckers: Die Mauer steht auch in 100 Jahren noch, wenn die dazu vorhandenen Gründe nicht beseitigt sind.
02. Mai Beginn des Abbaus der Sperranlagen an der Westgrenze Ungarns
07. Mai Kommunalwahlen in der DDR erbringen angebliche 98,85 % für die Nationale Liste. Der Vorwurf der Wahlfälschung durch die Kirche und oppositionelle Gruppen wird erhärtet.
01. August Schließung der Ständigen Vertretung der BRD in Ost-Berlin wegen Überfüllung mit geflüchteten Ausreisewilligen.

13. August Schließung der Bonner Botschaft in Budapest wegen Überfüllung, Tage später auch der in Prag.
11. September Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze und Ausreise von 7000 DDR-Bürgern in den Westen. Die SED-Führung nennt das „eine Form von organisiertem Menschenhandel“.
21. September Die Bürgerbewegung „Neues Forum“ wird mit der Begründung der Staatsfeindlichkeit nicht als Partei zugelassen.
25. September Leipziger Montagsdemo mit rund 5.000 Teilnehmern
30. September Verkündung der Ausreisegenehmigung der Flüchtlinge in der Prager Botschaft durch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Die SED-Führung bezeichnet das als „Ausweisung aus der DDR“.
01. Oktober Gründung der landesweiten Oppositionsgruppe „Demokratischer Aufbruch“
03. Oktober Erneut 7600 DDR-Bürger auf dem Gelände der Botschaft in Prag. Schließung der Grenze zur ČSSR
- 05./06. Oktober Einzige gewalttätige Auseinandersetzung des Wende-Herbstes in Dresden zwischen Demonstranten und bewaffneten Kräften (kasernierte Volkspolizei), die Waffen und Munition (in Munitionstaschen) mitführten.
07. Oktober Teilnahme von Michail Gorbatschow an den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR mit der berühmt gewordenen Warnung an die reformunwillige SED-Spitze: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“.
Verlesung von Aufrufen regimekritischer Gruppen in der Erlöserkirche in Ost-Berlin mit Forderung nach freien Wahlen unter UN-Aufsicht, abends Demos mit Gorbi-Rufen.
Gründung der Sozialdemokratischen Partei der DDR.
16. Oktober Größte Demo in der DDR seit dem 17. Juni 1953, 120.000 Teilnehmer in Leipzig
18. Oktober Entbindung Erich Honeckers „auf eigenen Wunsch“ von allen Ämtern. Nachfolger wird Egon Krenz.
19. Oktober 1. Live-Sendung im DDR-Fernsehen mit Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern und Bürgern
23. Oktober Demo für freie Wahlen in Leipzig, 300.000 Teilnehmer
24. Oktober Wahl von Egon Krenz zum neuen Vorsitzenden des Staatsrates und des nationalen Verteidigungsrates - erstmals mit 26 Gegenstimmen
30. Oktober Absetzen der Propaganda-Sendung „Der schwarze Kanal“ des berüchtigten Agitators Karl Eduard von Schnitzler
02. November Entlassung zahlreicher Spitzenpolitiker: Margot Honecker nach 26 Jahren als Ministerin für Volksbildung, Harry Tisch als Gewerkschaftschef u. a.
04. November Demo in Ost-Berlin, rund 1 Million Menschen fordern Presse- und Meinungsfreiheit
07. November geschlossener Rücktritt der DDR-Regierung und des Ministerpräsidenten Willi Stoph
09. November Günter Schabowski (Mitglied des ZK der SED) verkündigt die Öffnung der Grenze zur BRD
Unterbrechung einer Sitzung des deutschen Bundestages mit gemeinsamen Gesang der 3. Strophe des Deutschlandliedes

10. November Bundeskanzler Helmut Kohl unterbricht seinen Polenbesuch und kommt zu einer Kundgebung nach Berlin
13. November Das Politbüromitglied Hans Modrow wird von der Volkskammer zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt.
Aufhebung aller Sperrzonen an der innerdeutschen Grenze und in den küstennahen Gewässern
28. November Vorlage eines 10-Punkte Programms von Bundeskanzler Helmut Kohl zur „Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ mit dem Ziel der Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands.
03. Dezember Rücktritt des Politbüros unter Egon Krenz sowie des ZK der SED, Ausschluss Erich Honeckers aus der Partei
06. Dezember Rücktritt von Ego Krenz von seinen Ämtern
19. Dezember Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Hans Modrow über eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft in Dresden
22. Dezember Öffnung des Brandenburger Tors nach 28 Jahren; dabei Helmut Kohl und Hans Modrow.

1990

03. Januar Zusammenschluss von 6 oppositionellen Parteien zum „Bündnis 90“
15. Januar Nach Ankündigung der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, Sturm von Demonstranten auf die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg
05. Februar CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch schließen sich für die Volkskammerwahlen zur „Allianz für Deutschland“ zusammen
07. Februar Zusammenschluss der Bürgerbewegungen „Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ und „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ zum „Bündnis 90“
09. Februar Bundeskanzler Helmut Kohl erhält in Moskau die Zusage von Präsident Michail Gorbatschow, die Entscheidung über einen Gesamtdeutschen Staat den Deutschen zu überlassen.
13. Februar Vereinbarung zwischen Helmut Kohl und Hans Modrow über eine deutsch-deutsche Währungsunion
19. Februar Beginn des Abrisses der bereits durchlöchernten Mauer in Berlin
18. März Bei der ersten und letzten freien Volkskammerwahl siegt die Allianz für Deutschland mit 48,15% der Stimmen, SPD 21,84%, PDS 16,33%
12. April Lothar de Maiziere wird letzter Ministerpräsident der DDR
23. April 75% der Bürger von Karl-Marx-Stadt entscheiden für die Rückbenennung ihrer Stadt in Chemnitz
28. April Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft unterstützen die Wiedervereinigung.
18. Mai Unterzeichnung des deutsch-deutschen Staatsvertrages über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ab 01.07.1990
18. Juni Die Volkskammer beschließt die Streichung des Begriffs „Sozialismus“ aus der DDR-Verfassung.
21. Juni Volkskammer und Bundestag erkennen die Oder-Neiße-Grenze als endgültig an.

15. Juli Helmut Kohl und Michail Gorbatschow verständigen sich im Kaukasus darüber, dass Deutschland voll souverän ist und über seine Bündniszugehörigkeit selbst entscheiden kann.
22. Juli Die Volkskammer beschließt, die deutschen Bundesländer Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wieder einzurichten.
23. August Die Volkskammer beschließt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 Grundgesetz zum 03.10.1990.
31. August Unterzeichnung des Einigungsvertrages durch die Unterhändler Wolfgang Schäuble, BRD und Günter Krause, DDR
12. September Abschluss der 2+4 Gespräche, Unterzeichnung eines Vertrages über äußere Aspekte der Wiedervereinigung, z. B. Finanzierung des Abzuges der sowjetischen Truppen bis 1994
20. September Verabschiedung des Einigungsvertrages durch Volkskammer und Bundestag
24. September Unterzeichnung des Vertrages zwischen der DDR und dem Warschauer Pakt über den sofortigen Austritt des Landes aus dem Militärbündnis.
03. Oktober Tag der deutschen Einheit - Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland